

# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Mit  
Unterschriftenbogen:  
Unterschreiben Sie jetzt  
die «SRG-Initiative»!

Juni 2022

Die 10-Millionen-Schweiz bedroht den Wohlstand!

Seite 3



SRG-Initiative: 200 Franken sind genug!

Seiten 8-9



Holen wir uns unser Geld vom Ausland zurück!

Seite 15



**BLEIFREI 95**  
88.9

**BLEIFREI 98**  
98.9

**DIESEL**  
88.9

**Der Staat zockt über 90 Rp/Liter von uns Autofahrern ab!**

**JETZT! Benzin-Steuern senken!**

# Die SVP kämpft für tiefere Benzinpreise

**Der Mittelstand und die Unternehmen leiden unter den massiv höheren Treibstoffpreisen. Die SVP setzt sich vehement für eine Entlastung ein – als einzige bürgerliche Partei.**

Die Preise für Benzin und Diesel sind explodiert. Ein Liter kostet weit über 2 Franken. Preisschilder von 2.40 sind vielerorts eine Realität. Für viele Familien und Unternehmen ist die Schmerzgrenze erreicht. Insbesondere für die Bevölkerung in ländlichen Gebieten, die auf das eigene Auto angewiesen ist. Die SVP kämpft entschieden für eine Entlastung des Mittelstands, die im Portemonnaie spürbar ist.

## Gier des Staates stoppen

Rund 90 Rappen des Literpreises an der Zapfsäule gehen an den Staat. Verantwortlich dafür sind verschiedene Abgaben. Die SVP fordert deshalb in mehreren Vorstössen, dass der Bund zumindest vorübergehend auf einen Teil dieser Einnahmen verzichtet.

Dabei schröpft der Staat die Autofahrerinnen und Autofahrer gleich doppelt und dreifach: Neben der Mineralölsteuer verlangt er einen Mineralölsteuerzusatz. Und besonders unverschämt kassiert er bei der Mehrwertsteuer ab: Sie wird nicht nur

auf den Treibstoff erhoben, sondern auch auf die erwähnten Steuern. Im Klartext: Der Bund fordert Steuern auf Steuern. Das geht gar nicht.

## Wo sind die Präsidenten von Mitte und FDP?

Auch dagegen wehrt sich die SVP. Dabei kämpft sie allein auf weiter Flur. Da frage ich mich: Wo bleiben die anderen bürgerlichen Parteien, wenn es um die steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger geht? Lieber profiliert sich der Präsident der Mitte, Gerhard Pfister, mit der Schnapsidee einer neuen Steuer für angebliche «Kriegsgewinnler». Und was ist mit der FDP, deren Präsident Thierry Burkart auch dem Nutzfahrzeugverband Astag vorsitzt? Angesichts ihres Nichtstuns frage ich mich, welche Interessen eigentlich die Chefs der anderen bürgerlichen Parteien vertreten.

Offenbar nicht diejenigen der Konsumentinnen und Konsumenten.

Sogar unser Nachbarland Deutschland – nicht bekannt als Tiefsteuerparadies – hat reagiert und die Spritpreise deutlich gesenkt. Auch Italien ging um satte 30 Cents runter, Frankreich verringerte die Abgabenlast ebenfalls. Nun ist es plötzlich billiger geworden, im Ausland zu tanken. Das spüren die Tankstellenbetreiber in Grenzregionen wie dem Tessin oder dem Kanton Genf. Mit entsprechend negativen Auswirkungen auf Einnahmen und Jobaussichten. Als Partei des Mittelstands kämpft die SVP weiter entschieden für eine Entlastung von Privaten und Unternehmen. Dafür stehe ich als Präsident ein. Wir wollen eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger. Darum sind wir die einzig wahre bürgerliche Partei.

**Marco Chiesa**  
Ständerat und Präsident  
der SVP Schweiz



# Schluss mit der masslosen Zuwanderung!

Die Zehn-Millionen-Schweiz ist schon bald Wirklichkeit – mit verheerenden Folgen für unser schönes Land. Die SVP bereitet deshalb eine Reihe von Gegenmassnahmen vor. Darunter eine neue Initiative.



von Manuel Strupler  
Nationalrat  
Weinfelden (TG)

In grossen Schritten nähern wir uns der 10-Millionen-Schweiz. In den vergangenen Jahren kamen durchschnittlich 88'000 Personen pro Jahr zusätzlich in die Schweiz. Dies entspricht der Stadt Luzern. Jedes Jahr!

Die Masslosigkeit zeigt sich im Vergleich mit Deutschland. Unser Nachbar ist fast 10-mal grösser als wir. Seit 2000 ist die Bevölkerung Deutschlands aber nur um 1.3 Prozent oder 0.9 Millionen Menschen gewachsen. Und die kleine Schweiz? Wir haben eine masslose Zuwanderung: Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung um 1.5 Millionen oder 21 Prozent gewachsen! Hauptsächlich durch unkontrollierte Zuwanderung.

Mir graut es vor einer 10-Millionen-Schweiz. Ich möchte meinen Kindern keine zubetonierte Schweiz hinterlassen. Der Ukraine-Krieg befeuert die Zuwanderung noch. Dieses Jahr könnten über 200'000 Menschen in unser Land kommen.

## Wohneigentum wird unbezahlbar

Die Probleme dieses Zustroms sind weit grösser als die Vorteile. Wir müssen unsere schöne Landschaft immer mehr verbauen. Es wird immer schwieriger, die Bevölkerung bei gleichzeitig abnehmender landwirtschaftlicher Produktionsfläche sicher zu ernähren. Wir haben bald nicht mehr genug Strom für alle Menschen, die

bei uns leben. Und wir können den öffentlichen wie den privaten Verkehr kaum mehr bewältigen: noch mehr Stau auf der Strasse und Gedränge im Zug.

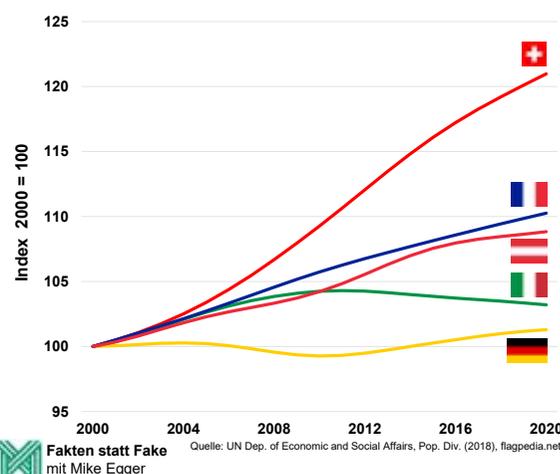
Der permanente Zustrom sorgt auch für immer weiter steigende Land- und Immobilienpreise. Es können sich immer weniger Schweizer Wohneigentum leisten. Und selbstverständlich verteuern sich auch die Mieten massiv. Es braucht immer mehr Polizei und Strafverfolgungsbehörden, um die Sicherheit zu gewährleisten. Denn mit der Zuwanderung steigt nachweislich auch die schwere Kriminalität. Es müssen ständig neue Infrastrukturen bereitgestellt werden, vor allem im Sozial-, Gesundheits-

im Gegenteil noch verschärft. Denn es ist ein «Spiel ohne Grenzen». Je mehr Zuwanderung, desto mehr Leute braucht es, um die Zuwanderung zu bewältigen: in den Schulen und Spitälern, im Sozialstaat, im Bausektor und dem Infrastrukturbereich.

Zudem löst die Zuwanderung das AHV-Problem nicht. Denn auch die Zugewanderten werden alt und haben Rentenansprüche. Sollen diese Ansprüche wieder durch mehr Zuwanderung «gelöst» werden? Das ist doch keine langfristige Strategie für unser schönes Land!

Die masslose Zuwanderung schadet der Schweiz und ihrer Bevölkerung.

## Bevölkerungswachstum im Umland



### Relatives Wachstum

2000-2020

gemäss UN-Daten (2018)

	+ 21.0%
	+ 10.3%
	+ 8.8%
	+ 3.2%
	+ 1.3%

**ca. 16x stärker als Deutschland**

Fakten statt Fake  
mit Mike Egger

Die Bevölkerungsexplosion in der Schweiz in den letzten 20 Jahren ist ohne jeden Vergleich mit den Nachbarländern. Mehr als doppelt so stark wie in Frankreich, 16-mal so stark wie in Deutschland! Schuld ist die masslose Zuwanderung. Sie muss gestoppt werden!

und Verkehrsbereich. Wegen zu vieler fremdsprachiger Kinder sinkt das Niveau in der Volksschule und Mundart wird zur Fremdsprache.

## Auch Zugewanderte wollen AHV

Der Fachkräftemangel wird durch die Zuwanderung nicht behoben, sondern

Die SVP prüft deshalb Varianten, um den Kollaps der Schweiz zu verhindern. Dazu gehört auch eine Volksinitiative für eine Bevölkerungswachstumsbremse. Im Interesse unserer schönen Schweiz. Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder. Im Interesse einer sicheren Zukunft in Freiheit!

# Wie die Schweiz vom Vorzeige- zum Entwicklungsland geworden ist

Die Schweiz galt noch vor wenigen Jahren als Vorbild für eine sichere, günstige und umweltfreundliche Energiepolitik. Im Handumdrehen ist sie zum Entwicklungsland geworden. Die Weichen wurden leichtfertig falsch gestellt. Die unverantwortliche Politik der Linken und Grünen muss dringend korrigiert werden.



von Christian Imark  
Nationalrat  
Fehren (SO)

Die Schweiz ist in der Energiepolitik kopf- und strategielos unterwegs. Links-Grün behauptete im Rahmen der Ausstiegs-Initiative 2016, die Schweiz könne «sofort» und ohne Nachteile aus der Kernenergie aussteigen. Wäre die Initiative angenommen worden, hätte sich die Schweiz umgehend ins energiepolitische Nirvana katapultiert. Wenig später versprach eine Mitte-Links-Mehrheit den Ausstieg aus der Kernenergie zum Spottpreis, mit der «En-

Auch die Bevölkerung lehnte den Ausstieg – isoliert betrachtet – stets ab. Durch das Bündnis von politischen Ideologen mit Staats-Profiteuren wurde die Vorlage mehrheitsfähig. Die linke Energiepolitik war perfekt.

## Linke verhindern Dekarbonisierung

Kaum war die «Energiestrategie» im Trocken, folgte ein beispielloser Medienhype um das Klima und die Dekarbonisierung, welche Leuthards Strategie-Ziele schon zwei Jahre nach Inkrafttreten aussehen liessen wie den kältesten Kaffee in Sibirien. Sogar der Bundesrat musste eingestehen: Die Energiestrategie ist gescheitert. Die Winterstromlücke könne ohne neue Gaskraftwerke nicht geschlossen werden, hiess es zu Beginn dieses Jahres. Links-Grün applaudierte und sah schon zwei weitere AKW's vom Netz gehen. Kaum

Wende, indem der beschleunigte Ausstieg aus Öl und Gas gefordert wurde. Ironie des Schicksals: Gerade die linke «Energiestrategie» verhindert eine schnelle Dekarbonisierung.

Als «sicher, sauber und schweizerisch» wurde damals im Abstimmungskampf die Energiestrategie bejubelt. Die Versprechungen verkehrten sich ins genaue Gegenteil. Niemals zuvor war die Versorgung des Landes unsicherer als heute. Die Preise sind massiv gestiegen und bedrohen Mittelstand und Wirtschaft. Von der Ankündigung des Atomausstiegs bis heute verlor die Schweiz mittlerweile 11 wertvolle Jahre, in denen kein wesentlicher Zubau der Winterstromproduktion mehr erfolgte. Schuldig sind in den Augen von Linken und Grünen stets die andern, obwohl sie selbst sämtliche Ausbauvorhaben torpedieren.

## Profiteure und Lobbyisten steuern aus dem Hinterhalt

Diese Art, Politik zu betreiben, ist unseriös, fahrlässig und schadet der Schweiz massiv. Anstatt über gute Rahmenbedingungen zu sprechen, reden wir heute von Stromrationierung und Notfallmassnahmen. Die linke Energiepolitik wird von Profiteuren und Lobbyisten beeinflusst, die aus dem Hinterhalt operieren und politische Nobodys zum Nachplappern ihrer Propaganda installieren. Diskussionen, die eigentlich technisch geführt werden sollten, werden von «unterbelichteten» PolitikerInnen beherrscht, um es mit den Worten des Sonntagsblick-Chefredaktors auszudrücken. Es ist bezeichnend, dass die Befürworter der aktuellen Energiepolitik nervös werden und in ihrer Verzweiflung Kraftausdrücke verwenden, jetzt, wo auch sie langsam realisieren, dass sich ihre Versprechen in Luft auflösen.



Die ideologische Verblendung in der Energiepolitik hat die Schweiz gefährlich geschwächt. Der überstürzte Ausstieg aus der Atomenergie hat uns elf wertvolle Jahre gekostet.

nergiestrategie» von alt Bundesrätin Doris Leuthard (Mitte). Kritiker bemängelten schon damals die unterschätzten Folgen.

formulierte der Bundesrat die Gas-Vorhaben, brach der Krieg in der Ukraine aus. Dies veranlasste Links-Grün zur erneuten

# Sicher ist nur, wer sich verteidigen kann!

Die Schweiz hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer den Luxus erlaubt, die Ausgaben für die Armee so stark zu reduzieren, dass heute sogar die Verteidigungsfähigkeit fehlt. Die SVP wehrte sich jahrelang erfolglos. Jetzt hat eine Zeitenwende begonnen.



von Werner Salzmann  
Ständerat  
Mülchi (BE)

Das Stimmvolk hat sich mehrfach zu Gunsten der Armee ausgesprochen. So wurden die Abschaffungs-, Halbierungs- und Wehrpflichtabschaffungsinitiative abgelehnt. Dennoch hat das Parlament die Armee kontinuierlich verkleinert. Man argumentierte, es genüge, die Kompetenz der Verteidigung zu erhalten. Seit 1990 wurden die Armeeausgaben kontinuierlich von jährlich 15,7% auf 6,8% der Bundesausgaben im Jahr 2019 gesenkt. 1990 wurden noch 1.34% des Bruttoinlandproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0.67%. Eine Mehrheit des Parlaments stand nach dem Fall der Mauer unter dem Eindruck, es sei quasi der Weltfrieden ausgebrochen. Anschaffungen wurden aufgeschoben und es entstanden Fähigkeitslücken.

## Böses Erwachen aus dem Weltfriedenstraum

Schon der Angriff auf die Krim hätte eine Warnung sein können. Aber erst mit dem Krieg in der Ukraine kam es zum bösen Erwachen: Ein Krieg in Europa mit infanteristischen Waffen, Panzern, Artillerie, Kampfflugzeugen im 21. Jahrhundert! Die letzte Reform unter dem Titel Weiterentwicklung der Armee (WEA) ist noch nicht abgeschlossen und schon stellen wir fest, dass die gesprochenen Finanzen nicht reichen, um die Vollausrüstung sicherzustellen. Das Parlament ist nun endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen

erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

## Schliessung der Fähigkeitslücken hat Priorität

Heutige Bedrohungen sind geprägt von einer Vielzahl von Akteuren und Konfliktformen. Um einen Staat zu destabilisieren und dadurch gefügig zu machen, kann von diplomatischem Druck, Handelsschikanen, Propaganda und Desinformation über Cyberangriffe bis hin zu nicht gekennzeichneten Sonderoperationskräften oder irregulären Kämpfern alles zum Einsatz kommen. Daneben bleibt aber auch die direkte Anwendung konventioneller bewaffneter Gewalt weiterhin eine Realität – auch in Europa. Diese Erkenntnis führt uns die wichtigsten Verteidigungsfähigkeitslücken unserer Armee vor Augen.

Die heutige Artillerie ist zu klein und veraltet und kann die Bodentruppen nicht mehr genügend unterstützen. Die 6 Panzerbataillone sind nicht voll mit einsatzfähigen

Kampfpanzern ausgerüstet. In den Territorialdivisionen muss wieder Feuerführung eingeführt werden. Zudem muss die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee so rasch wie möglich verbessert werden, insbesondere braucht es Schutzwesten für alle, wie der Ukraine-Krieg klar gezeigt hat.

Ergänzend dazu müssen mit der Beschaffung der modernen Kampfflieger F-35A und dem Boden-Luftverteidigungssystem Patriot wichtige Lücken im Luftschutz sowie der Erdkampffähigkeit geschlossen werden. Mit der im Ständerat beschlossenen Zusatzbeschaffung der Mörser 16 werden die mechanisierten Verbände voll ausgerüstet.

Es liegt nun am Parlament, den Auftrag «Landesverteidigung» zu priorisieren. Wir dürfen davon ausgehen, dass eine Mehrheit im Bundehaus nun endlich erkannt hat, dass die SVP einmal mehr Recht hatte mit ihrer Analyse der Lage.



**Bloss noch 0.67 Prozent des BIP werden für die Landesverteidigung aufgewendet. Das ist viel zu wenig, um die Sicherheit der Menschen in der Schweiz zu gewährleisten.**

# Die heimische Nahrungsmittelproduktion ist in Gefahr

Wer vor einem Jahr von einer weltweiten Hungerkrise gesprochen hätte, der wäre vermutlich zum Gespött der Nation geworden. Doch jetzt droht eine Katastrophe biblischen Ausmasses. Und was macht der Bundesrat? Er schränkt die Schweizer Lebensmittelproduktion weiter ein.



von Martin Haab  
Nationalrat  
Mettmenstetten (ZH)

Der Ukraine-Krieg tobt zwischen zwei Ländern, die einen Grossteil des weltweit gehandelten Getreides produzieren. David Beasley, Exekutivdirektor des Uno-Welternährungsprogramms, spricht

als weiterer Grund der Verknappung von Lebensmittel ins Feld geführt – das erwartet man ja von einem Journalisten hierzulande. Spricht man von einer Krise biblischen Ausmasses, so liegt die Vermutung nahe, dass man sich an der alttestamentlichen Geschichte aus dem Lande Kanaan orientiert, wo eine grosse Hungersnot herrschte. Die Geschichte berichtet uns auch von Joseph, dem Berater des Pharaos von Ägypten, welcher geraten hat, Vorräte anzulegen in den guten Jahren, um gewappnet zu sein für schlechte Zeiten. Schon damals galt es vorausschauend zu handeln, um ein böses Erwachen zu verhindern.

mehr Biodiversitätsförderflächen (BFF) anzulegen – zusätzlich zu den bereits bestehenden 160'000 Hektaren BFF nochmals 10'000 Hektaren, und dies explizit auf bestem Ackerland. Also noch mehr Extensivierung durch Stilllegung von fruchtbaren Böden. Der Einsatz von Pflanzennährstoffe wie Mist, Gülle und auch Kunstdünger soll gesenkt werden, und viele Pflanzenschutzmittel, welche für eine qualitativ und quantitativ gute Ernte unerlässlich sind, werden mittelfristig verboten. Dazu kommen zusätzlich Gewässerrenaturierungen zu Lasten von produktivem Landwirtschaftsland.

Aber auch Einschränkungen bei der ressourceneffizienten Fütterung und Haltung von Nutztieren sind geplant, welche sich höchstens negativ auf das Tierwohl auswirken. Hier gilt es die vom Bundesrat beschlossene zwanghafte Förderung von alten Kühen zu erwähnen oder die neusten Fütterungsvorschriften für Wiederkäuer. Der Praktiker weiss jedoch, je älter eine Kuh ist oder je unausgewogener sie gefüttert wird, desto öfter wird sie vom Tierarzt besucht.

## Sinkender Selbstversorgungsgrad

Fazit des neusten Entwurfes zur Agrarpolitik: Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz soll nochmals um etliche Prozentpunkte gesenkt werden. Die fehlenden Kalorien können laut Bundesrat auf den Weltmärkten eingekauft werden. Die Frage stellt sich unweigerlich: Ist es richtig, wenn wir im eigenen Land die Nahrungsmittelproduktion geringachten und uns auf den strapazierten Weltmärkten mit zusätzlichen Gütern eindecken? Ganz bestimmt nicht. Da ist weit und breit nichts von vorausschauender Ernährungspolitik und Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung, wie sie einst der biblische Joseph geraten hat.



**Während die UNO von «Hungerkrisen biblischen Ausmasses» spricht, will der Bundesrat in der Schweiz 10'000 Hektaren Kulturland opfern. Lebensmittel, die nicht in der Schweiz produziert werden, müssen zu hohen Preisen importiert werden. Ein Unsinn!**

von möglichen «Hungerkrisen biblischen Ausmasses». Die Tageszeitungen sind voll von Berichten über die knappen Ressourcen. Sie sehen die Gründe der Nahrungsmittelknappheit richtigerweise in den Kriegswirren und den damit gestörten Anbau- und Exportmöglichkeiten in den betroffenen Gebieten. Selbstverständlich wird der Klimawandel

## Nein zur Verbotspolitik des Bundesrates

Und was passiert aktuell in der Schweizer Agrar- und Ernährungspolitik?

Der Gesamtbundesrat hat im April entschieden, an seiner Strategie festzuhalten. Die Bauern sollen verpflichtet werden, noch

# Nein zum Asyl-Schlaraffenland Schweiz

Der Schutzstatus S für Ukraine-Flüchtlinge darf nur vorübergehend angewendet werden. Die Linken wollen die Leistungen für alle Asylkategorien ausbauen. Das müssen wir stoppen.



von Martina Bircher  
National- und Gemeinderätin, Aarburg (AG)

Die meisten Asylsuchenden sind Wirtschaftsflüchtlinge und müssten die Schweiz deshalb wieder verlassen. Doch das Staatssekretariat für Migration (SEM), das über die Gesuche entscheidet, verfolgt schon seit Jahren eine andere Politik. Die Anerkennungsquote bei Asylgesuchen von Flüchtlingen liegt bei 34,7 Prozent; und die Schutzquote für Personen, die «vorläufig aufgenommen» werden, gar bei 59,1 Prozent. Mit anderen Worten: 6 von 10 Asylbewerbern können für immer legal in der Schweiz bleiben und profitieren von Leistungen wie Schulsystem, Gesundheitswesen und soziale Sicherheit. Mit dem vom Bundesrat erstmals eingeführten Schutzstatus S wurde eine weitere Kategorie geschaffen, die noch lange für politischen Zündstoff sorgen wird, selbst wenn der Krieg in der Ukraine schon längst vorbei ist.

## Flüchtlinge mit Einheimischen gleichgestellt

Linke Kreise und NGOs stören sich schon seit Jahren daran, dass zwischen den Flüchtlingen und den «vorläufig Aufgenommenen» unterschieden wird. Dies liegt an der Genfer Flüchtlingskonvention, welche nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde. Dabei sollen Personen, welche persönlich an Leib und Leben bedroht sind, Schutz erhalten und müssen aufgrund von internationalem Recht der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt werden. Dazu zählen übrigens vor allem Eritreer, gemäss SEM werden fast 70%

von ihnen als Flüchtlinge anerkannt. Das Gleiche gilt für Personen aus der Türkei. Nicht als Flüchtlinge anerkannt, aber immerhin «vorläufig aufgenommen» werden Menschen aus Kriegsgebieten wie Syrien (85%) oder Afghanistan (84%). Als Kriegsvertriebene fallen sie nicht automatisch unter die Genfer Flüchtlingskonvention, da ihnen aber eine Rückkehr nicht zugemutet werden kann, werden sie entsprechend «vorläufig» aufgenommen. Sie haben weniger Privilegien als anerkannte Flüchtlinge. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht:

	Anerkannte Flüchtlinge	Vorläufig Aufgenommene	Schutzstatus S
Asylverfahren	Ja, im Schnitt 50 Tage	Ja, im Schnitt 50 Tage	Kein Verfahren, Ausweis innert Tagen
Sozialhilfe	Nach SKOS, wie Einheimische	Reduzierte Sätze (40% weniger)	Reduzierte Sätze (40% weniger)
Krankenkasse	Ja, wie Einheimische	Ja, wie Einheimische	Ja, wie Einheimische
Arbeit	Ja	Ja	Ja
Familiennachzug	Ja, sofort	Frühstens nach 3 Jahren, wenn keine Sozialhilfe	Ja, sofort
Freie Wohnungswahl	Ja	Nein	Ja, eingeschränkt
Heimatreisen	Nein	Nein	Ja
Reisefreiheit	Ja, mit Einschränkungen	Nein, nur in Ausnahmefälle	Ja
Anrecht auf Aufenthaltsbewilligung	Ja	Nach 5 Jahren, Härtefallgesuch	Nach 5 Jahren automatisch
Integrationspauschale	Einmalig 18'000 CHF pro Person	Einmalig 18'000 CHF pro Person	3'000 CHF pro Person für 2022, danach?

## Kein Rundum-sorglos-Paket

Mit dem Ukrainekrieg hat der Bundesrat erstmals entschieden, den Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine zu aktivieren. Damit müssen sie kein Asylverfahren durchlaufen. Sie haben gegenüber vorläufig Aufgenommenen massive Vorteile. Und genau dies wird nun zum Steilpass für Linke und NGOs. Unter dem Aspekt der Gleichbehandlung ist es ziemlich schwierig zu argumentieren, warum eine Gruppe gewisse Privilegien

haben darf und andere nicht. Umso wichtiger ist es, dass die Schweiz so schnell wie möglich wieder zu Ihrem Asylsystem zurückkehrt und der Schutzstatus nur vorübergehend und zeitlich beschränkt angewendet wird. Ausserdem ist auch das Schengen-Dublin-System seit Monaten ausser Kraft gesetzt. Damit wird der Druck auf die Schweiz nochmals massiv verschärft.

Menschen aus der Ukraine können so in ihre Nachbarländer fliehen und dann trotzdem in die Schweiz einwandern und

einen Schutzstatus erhalten. So erstaunt es auch nicht, dass bereits 1 Mio. Menschen nach Moldawien geflohen sind, sich aber mittlerweile nur noch 100'000 Schutzsuchende dort aufhalten. Wir sollten uns daher in der gesamten Asylpolitik wieder auf den Kern konzentrieren. Statt Privilegien auszubauen, sollten wir diese abbauen. Die Schweiz soll Menschen Schutz gewähren, die ihn brauchen. Dies ist aber nicht zu verwechseln mit einem Rundum-sorglos-Paket.

# «Kein anderes Land der Welt verlangt

Die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» ist lanciert. Nationalrat Thomas Matter erklärt, wie sie Private und Unternehmen entlastet. Und warum der beigelegte Unterschriftenbogen noch heute zu unterschreiben und abzusenden ist.

**Herr Matter, die Unterschriftensammlung für die SRG-Initiative («200 Franken sind genug!») hat begonnen. Welche Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger würde die Annahme der Initiative bringen?**

Heute müssen alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz jährlich 335 Franken Zwangsgebühren für Radio und Fernsehen bezahlen – ganz egal, ob sie die SRG-Angebote konsumieren oder nicht. Bei Annahme der Initiative wären

hohe Zwangsgebühren verlangt. Auch das ist ein Grund, die SRG-Gebühren deutlich zu senken. Zumal es in der Schweiz zum Glück auch eine Alternative gibt, nämlich ein ausgezeichnetes privatwirtschaftliches Angebot an gedruckten und elektronischen Medien.

**Bei den meisten Sendungen und Inhalten der SRG ist nicht ersichtlich, dass private Stationen das nicht auch bringen könnten. Was ist**

**Das Schweizer Radio und Fernsehen fällt immer wieder durch politische Einseitigkeit auf. Das jüngste Beispiel ist die Attacke von «Arena»-Moderator Sandro Brotz auf SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi. Kann die SRG-Initiative diese linkslastigen Entgleisungen stoppen?**

Unsere Bundesverfassung schreibt Radio und Fernsehen Folgendes vor: «Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der An-



es bloss noch 200 Franken. Obendrein müssen heute auch sämtliche Firmen mit einem Umsatz ab 500'000 Franken Zwangsgebühren entrichten. Würde die Initiative angenommen, wären sämtlich Unternehmen von jeder SRG-Gebühr befreit.

**Wie steht die Schweiz mit den geräteunabhängigen Zwangsgebühren im internationalen Vergleich da?**

Es gibt nachweislich auf der ganzen Welt kein einziges Land, das dermassen

**der Kernauftrag der SRG? Und wie kann sie darauf zurückgestutzt werden?**

Der Kernauftrag der SRG besteht lediglich in der Grundversorgung der Bevölkerung an Politik, Bildung, Kultur und Unterhaltung in den verschiedenen Landesteilen. Dabei müsste die SRG gemäss Verfassung auf die Stellung und die Aufgaben der privaten Medien Rücksicht nehmen. Am effizientesten können wir die SRG über die Gebühreneinnahmen zurückstutzen: 200 Franken sind genug!

sichten angemessen zum Ausdruck.» Dennoch sind die linken Schlagseiten durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen. Eine vom Nationalfonds unterstützte Studie hat aufgezeigt, dass sich 70 Prozent der Mitarbeiter der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG als politisch links bezeichnen. In den politischen Redaktionen dürften es noch erheblich mehr sein. Die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» ist zumindest ein Mittel, die politische Macht der SRG-Sender zurückzubinden.

# dermassen hohe Zwangsgebühren»

**Diesem «Klartext» liegt ein Unterschriftenbogen bei. Sagen Sie uns bitte abschliessend in drei Sätzen, warum wir die SRG-Initiative unbedingt heute noch unterschreiben sollen.**

Die SRG-Initiative entlastet sämtliche Gebührenzahler und befreit alle Betriebe von den Radio- und Fernsehgebühren. Den privaten Anbietern von Radio und Fernsehen wird aber mindestens der gleiche Anteil zukommen wie heute. Die Initiative mindert zudem finanziell den Missstand, dass die Jungen für ein SRG-Angebot bezahlen müssen, das sie längst nicht mehr konsumieren. All dies sind gute Gründe, die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» noch heute zu unterschreiben und den Bogen umgehend zurückzusenden.

Unterschriftenbogen  
**JETZT**  
unterschreiben!

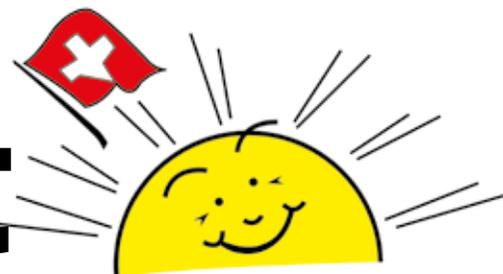
**Wie kann man es in 5 Schritten richtig machen?**

1. Das Unterschriftenblatt eingeben
2. Gemeinde des Wohnsitzes angeben.
3. Vorname, Name, Geburtsdatum und Adresse angeben und unterschreiben.
4. Wenn eine andere Person bei Ihnen lebt, schlagen Sie ihr ebenfalls vor, ihren Vor- und Nachnamen, ihr Geburtsdatum und ihre Adresse anzugeben und dann zu unterschreiben.
5. Sobald alle Personen in Ihrem Haushalt die Initiative unterschrieben haben, werfen Sie den Unterschriftenbogen in ein Postfach.



Thomas Matter, Nationalrat (ZH).

# SVP bi de Lüt



Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie Ihre Bundesparlamentarier persönlich:

## Kanton Aargau



Ständerat Hansjörg Knecht  
**20.06.2022; 19:30 Uhr**  
Gasthof Schützen, Aarau



Nationalrat Thomas Burgherr  
**20.06.2022; 19:30 Uhr**  
Gasthof Schützen, Aarau



Nationalrat Andreas Glarner  
**20.06.2022; 19:30 Uhr**  
Gasthof Schützen, Aarau/  
**21.06.2022; 19:00 Uhr**  
Grüne Bode, Berikon



Nationalrat Alois Huber  
**18.06.2022; 11:00 Uhr**  
Gasthof Adler, Birmenstorf



Nationalrätin Stefanie Heimgartner  
**18.06.2022; 11:00 Uhr**  
Gasthof Adler, Birmenstorf



Nationalrätin Martina Bircher  
**21.06.2022; 19:00 Uhr**  
Grüne Bode, Berikon



Nationalrat Benjamin Giezendanner  
**Kein Anlass geplant**



## Kanton Appenzell Auser Rhodan



Nationalrat David Zuberbühler  
**22.06.2022; 20:00 Uhr**  
Brauerei BoFo, Herisau ([www.bofo.ch](http://www.bofo.ch))  
zusammen mit M. Egger und L. Reimann

## Kanton Freiburg



Nationalrat Pierre-André Page  
**28.06.2022; 19:30 Uhr**  
Cave de Corcelles, Corcelles-près-Payerne (VD)  
zusammen mit M. Buffat, J.-P. Grin und J. Nicolet



Nationalrätin Andrea Geissbühler  
**24.06.2022; 19:00 Uhr**  
Waldhaus Wuhl, Utzigen



Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren  
**Kein Anlass geplant**



Ständerat Werner Salzmann  
**Kein Anlass geplant**

## Kanton Bern



Nationalrat Andreas Aebi  
**21.06.2022; 20:00 Uhr**  
Markthalle, Burgdorf



Nationalrat Erich von Siebenthal  
**Kein Anlass geplant**



Nationalrat Lars Guggisberg  
**Kein Anlass geplant**



Nationalrat Erich Hess  
**24.06.2022; 19:00 Uhr**  
Schützenhaus Almeli, Bellmund



Nationalrat Albert Rösti  
**29.06.2022; 20:00 Uhr**  
Hotel Adler, Dorfstrasse 36, Sigriswil



Nationalrat Andreas Gafner  
**20.08.2022; 09:30 Uhr**  
Rossberg b. alter Säge, Oberwil

## Kanton Basel-Landschaft



Nationalrat Thomas de Courten  
**28.06.2022; 19:30 Uhr**  
Allmend-Allee, Gelterkinden



Nationalrätin Sandra Sollberger  
**28.06.2022; 19:30 Uhr**  
Allmend-Allee, Gelterkinden

## Kanton Luzern



Nationalrätin Yvette Estermann  
**18.06.2022; 09:00 Uhr**  
Treffpunkt: Vor dem Rathaus, Luzern



Nationalrat Franz Grüter  
**17.06.2022; 20:00 Uhr** - Firma  
"alltec AG rollende Werkstatt", Gorgen  
2, Giswil (OW) / **28.06.2022; 19:00  
Uhr** Alterswohnheim Meierhöfli,  
Eicherstrasse 21, Sempach

## Kanton Genéve



Nationalrätin Céline Amaudruz  
**Kein Anlass geplant**



Nationalrat Yves Nidegger  
**Kein Anlass geplant**

## Kanton Nidwalden



Nationalrat Peter Keller  
**18.06.2022; 09:30 Uhr**  
Restaurant Schlüssel, Hergiswil

## Kanton Obwalden



Nationalrätin Monika Rügger  
**17.06.2022; 20:00 Uhr**  
Firma "alltec AG rollende Werkstatt",  
Gorgen 2, Giswil

## Kanton Graubünden



Nationalrätin  
Magdalena Martullo-Blocher  
**17.06.2022; 19:00 Uhr**  
Hof Swen Roth, Baschärstrasse 27, Vilters


**Kanton Solothurn**


Nationalrat Christian Imark  
**21.06.2022; 20:00 Uhr**  
Restaurant Ochsen, Neuendorf



Nationalrat Walter Wobmann  
**21.06.2022; 20:00 Uhr**  
Restaurant Ochsen, Neuendorf


**Kanton Schaffhausen**


Ständerat Hannes Germann  
**10.06.2022; 19:30 Uhr**  
Wiigärtli, Im Leuen 3, Altdorf



Nationalrat Thomas Hurter  
**10.06.2022; 19:30 Uhr**  
Wiigärtli, Im Leuen 3, Altdorf


**Kanton Schwyz**


Nationalrat Marcel Dettling  
**Kein Anlass geplant**



Nationalrat Pirmin Schwander  
**Kein Anlass geplant**



Ständerat Alex Kuprecht  
**Kein Anlass geplant**


**Kanton Tessin**


Ständerat Marco Chiesa  
**02.06.2022; 20:00 Uhr**  
Auditorio dell' Università della Svizzera italiana (USI), Lugano



Nationalrat Piero Marchesi  
**02.06.2022; 20:00 Uhr**  
Auditorio dell' Università della Svizzera italiana (USI), Lugano


**Kanton Waadt**


Nationalrat Michaël Buffat  
**28.06.2022; 19:30 Uhr**  
Cave de Corcelles, Corcelles-près-Payerne  
zusammen mit P.-A. Page



Nationalrat Jean-Pierre Grin  
**28.06.2022; 19:30 Uhr**  
Cave de Corcelles, Corcelles-près-Payerne  
zusammen mit P.-A. Page



Nationalrat Jacques Nicolet  
**28.06.2022; 19:30 Uhr**  
Cave de Corcelles, Corcelles-près-Payerne  
zusammen mit P.-A. Page


**Kanton St. Gallen**


Nationalrätin Esther Friedli  
**18.06.2022; 10:00 Uhr**  
Landgasthaus Sonne, Haus der Freiheit,  
Wintersberg, Ebnet-Kappel



Nationalrat Lukas Reimann  
**22.06.2022; 20:00 Uhr**  
Brauerei BoFo, Herisau (AR)  
(www.bofo.ch)  
zusammen mit D. Zuberbühler



Nationalrat Roland Rino Büchel  
**30.06.2022; 20:30 Uhr**  
Winzerhof Weber, Schlossweg 4, (bei  
Schloss Blatten), Oberriet



Nationalrat Mike Egger  
**21.06.2022; 20:00 Uhr** - Wittenbach/  
**22.06.2022; 20:00 Uhr** - Brauerei  
BoFo, Herisau (AR) (www.bofo.ch)  
zusammen mit D. Zuberbühler


**Kanton Thurgau**


Nationalrätin Diana Gutjahr  
**04.07.2022; 20:15 Uhr**  
Restaurant Brauhaus Sternen, Frauenfeld



Nationalrätin Verena Herzog-Schläpfer  
**04.07.2022; 20:15 Uhr**  
Restaurant Brauhaus Sternen, Frauenfeld



Nationalrat Manuel Strupler  
**04.07.2022; 20:15 Uhr**  
Restaurant Brauhaus Sternen, Frauenfeld



Ständerat Jakob Stark  
**04.07.2022; 20:15 Uhr**  
Restaurant Brauhaus Sternen, Frauenfeld


**Kanton Wallis**


Nationalrat Jean-Luc Addor  
**Kein Anlass geplant**



Nationalrat Michaël Graber  
**Kein Anlass geplant**



**Kanton Zug**


Nationalrat Thomas Aeschi  
**21.06.2022; 19:30 Uhr**  
SeminarHotel, Seestrasse 10  
Unterägeri


**Kanton Zürich**


Nationalrat Mauro Tuena  
**25.06.2022; 18:00 Uhr**  
SVP-Stand Dorffest Niederhasli,  
Niederhasli



Nationalrätin Therese Schläpfer  
**24.06.2022; 18:00 Uhr**  
SVP-Stand Dorffest Niederhasli,  
Niederhasli



Nationalrat Thomas Matter  
**25.06.2022; 14:00 Uhr**  
SVP-Stand Dorffest Niederhasli,  
Niederhasli



Nationalrat Alfred Heer  
**24.06.2022; 18:00 Uhr**  
SVP-Stand Dorffest Niederhasli,  
Niederhasli



Nationalrat Roger Köppel  
**02.06.2022; 20:00 Uhr**  
Auditorio dell' Università della Svizzera  
italiana (USI), Lugano  
zusammen mit M. Chiesa und P. Marchesi



Nationalrat Martin Haab  
**22.06.2022; 19:30 Uhr**  
Cafe Casino, Affoltern a/Albis



Nationalrat Benjamin Fischer  
**11.09.2022; 10:00 Uhr**  
SVP-Stand Dielsdorfer Gewerbeschau,  
Dielsdorf



Nationalrat Bruno Walliser  
**25.06.2022; 11:00 Uhr**  
SVP-Stand Dorffest Niederhasli,  
Niederhasli



Nationalrätin Barbara Steinemann  
**29.08.2022; 17:00 Uhr** - Dorfchilbi,  
SVP Pizzazelt, Lindau / **10.09.2022;**  
**19:00 Uhr** - Dorffest Seuzach, Seuzach



Nationalrat Gregor Rutz  
**04.07.2022; 19:00 Uhr**  
Kantine am Eggä,  
Gustav Maurer-Strasse 10, Zollikon



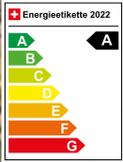
# Sichere Renten. Sichere Zukunft.

## AHV<sup>21</sup> JA





DER NEUE  
**PEUGEOT**  
**308**  
HYBRID



**Abgebildetes Modell:** Neuer PEUGEOT 308 GT Pack HYBRID 225 e-EAT8, CO<sub>2</sub>-Emissionen (kombiniert: 33 g/km), kombinierter Verbrauch (WLTP): 1.4 l/100 km, Energieeffizienz-kategorie: A. PEUGEOT empfiehlt Total Energies.

#### IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, Mike Egger, SRG-Initiative, VBS/DDPS, Parlamentsdienste 3003 Bern, Unsplash.com

# Jetzt die Renten sichern – für alle!

Die Altersvorsorge ist in gefährliche Schieflage geraten. Mit der am 25. September zur Abstimmung gelangenden AHV-Reform können wir sicherstellen, dass künftige Generationen nicht leer ausgehen. Nur linke Ideologen sehen das nicht ein.



von Thomas de Courten  
Nationalrat  
Rünenberg (BL)

Einen abgesicherten Ruhestand und finanzielle Unabhängigkeit im Alter. Das ist es, was wir uns wohl alle für das Pensionsalter wünschen. Unsere bewährte Schweizer Altersvorsorge baut dabei auf drei Säulen. Die AHV sichert die Existenzgrundlage, die Pensionskasse den gewohnten Lebensstandard und mit dem zusätzlich in der 3. Säule individuell Ersparten soll jedermann sich auch im Alter noch ein zusätzliches Extra leisten können.

Dieses Dreisäulenkonzept hat sich als stabil und erfolgreich erwiesen. Allerdings gilt es, die drei Säulen im Gleichgewicht zu halten. Wenn eine Säule wackelt, ist die Stabilität des gesamten Systems gefährdet. Zurzeit betrifft das vor allem die AHV, weil das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbezüger in Schieflage geraten ist. Die Geburtenraten sind tief, gleichzeitig kommen die Baby-Boomer ins Pensionsalter, während die Bevölkerung insgesamt immer älter wird.

## Frauen erhalten Ausgleich

Die Finanzierungsperspektiven der AHV sind deshalb düster. Nach geltender Ordnung, also ohne Reform, driften Einnahmen und Ausgaben dramatisch auseinander. In konkreten Zahlen: Im Jahr 2033 stehen Einnahmen von 58,6 Mrd. dannzumal Ausgaben von 63,3 Mrd. Franken gegenüber. Es klafft also ein Loch von 4,7 Milliarden. Und das jährlich wiederkehrend. Dieses Schwarze Loch muss von den nach-

rückenden Generationen, also der jetzt noch arbeitenden Bevölkerung, gestopft werden, wenn diesen denn auch in Zukunft noch eine sichere Rente ausgezahlt werden soll.

Die vom Parlament verabschiedete Reform löst das Problem zwar nicht gänzlich, mildert es aber erheblich. Es kombiniert ein ganzes Bündel von Massnahmen. Das Rentenalter für Frauen wird von 64 auf 65 erhöht. Für 9 Frauen-Jahrgänge, die kurz vor

Sie können ihre Rente ab dem regulären Rentenalter beziehen und erhalten einen Zuschlag, oder sie können die Rente vorbeziehen und haben einen geringeren Kürzungssatz als die nicht betroffenen Frauen. Zudem wird eine Abstufung entsprechend des Einkommens angewandt.

## Linke Ideologen ignorieren Fakten

Die Linke hat das Referendum gegen diesen austarierten parlamentarischen Kompromiss ergriffen. Sie kri-



Das Schweizer Vorsorgesystem mit seinen drei Säulen ist eines der leistungsfähigsten der Welt. Die AHV spielt darin eine zentrale Rolle, aber ihre Finanzierung ist gefährdet und mit ihr alle Renten, die den Rentnern zustehen. Aus diesem Grund ist die vorgeschlagene Reform notwendig.

der Pension stehen, wird diese Anhebung kompensiert. Falls die Reform im Jahr 2023 in Kraft tritt, sind das Frauen der Jahrgänge 1960 bis 1968. Das Rentenalter der Frauen wird in Schritten von drei Monaten pro Jahr angehoben. Durch diese Massnahme soll das Defizit in der AHV über einen Zeitraum von zehn Jahren um zehn Milliarden Franken reduziert werden können. Die betroffenen neun Jahrgänge der Frauen erhalten den Ausgleich auf ihre Rente lebenslang.

tisiert ideologisch die Anhebung des Frauenrentenalters und polemisiert, die AHV würde auf dem Buckel der Frauen stabilisiert. Sie ignoriert dabei aber völlig und nimmt bewusst in Kauf, dass die fehlende Rentenfinanzierung einfach den nachfolgenden Generationen, also den Kindern und Enkeln der heutigen Rentnergenerationen, ausgebürdet würde. Darum braucht es am 25. September ein klares Ja zur AHV-Reform.



# SVP

Die Partei des Mittelstandes

*Jetzt SVP-Produkte  
in unserem  
Online-Shop kaufen!*

***www.svp.ch besuchen***

# Landjäger.ch

Es ist nicht Wurst, was du trägst!



Scherenschnitt & Edelweiss Mode  
Gratis Landjäger dazubestellen!

Landjäger.ch

Tel: 041 925 60 80

Oberwiberg 6

www.landjaeger.ch

6212 St. Erhard

verkauf@landjaeger.ch



BEAUTIFUL FAST CARS

## JAGUAR I-PACE 100 % ELEKTRIFIZIERT



Jetzt Probe fahren!  
jaguar.ch

## DIE NÄCHSTE ÄRA BEGINNT DER NEUE RANGE ROVER



Jetzt entdecken auf [landrover.ch](http://landrover.ch)

# Holen wir uns unser Geld vom Ausland zurück!

In den letzten Jahren ist viel Steuergeld ins Ausland abgeflossen, weil die Rückforderung der Verrechnungssteuer in der Schweiz aufwändig ist und die Erträge zu lange blockiert bleiben. Doch dieses Geld gehört der Schweiz. Holen wir es mit der Änderung des Verrechnungssteuergesetzes zurück!



von Thomas Aeschi  
Nationalrat und  
SVP-Fraktionspräsident  
Baar (ZG)

Die Zahlen sprechen für sich: In den letzten Jahrzehnten wurden immer weniger Wertpapiere in der Schweiz herausgegeben. So hat sich das Volumen an inländischen Anleihen alleine in den letzten 12 Jahren halbiert. Immer mehr Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und Sozialversicherungsbeiträge wandern Jahr für Jahr ins Ausland ab.

Das Problem hat einen einfachen Grund: Die Verrechnungssteuer auf den Erträgen von inländischen Anleihen. Sie macht die Herausgabe von Anleihen in der

Schweiz unattraktiv. Viele ausländische Investoren könnten zwar die 35-prozentige Verrechnungssteuer zurückverlangen, mit denen die Erträge aus Schweizer Anleihen belastet werden. Doch dies stellt einen hohen bürokratischen Aufwand dar. Zudem können sie über die Erträge aus ihren Anleihen bis zur Rückerstattung nicht verfügen. Das macht Investition in Schweizer Anleihen unattraktiv. Diese beiden Hindernisse führen dazu, dass immer mehr Anleihen von Schweizer Unternehmen im Ausland herausgegeben wurden.

Andere Länder haben längst gehandelt. Weil zum Beispiel Luxemburg keine Verrechnungssteuer mehr auf Anleihen verlangt, gibt Luxemburg im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz und profitiert entsprechend bei

den Steuereinnahmen, Arbeitsplätzen und Sozialversicherungsbeiträgen. Wenn die Schweiz jetzt nicht handelt, werden noch mehr Steuereinnahmen ins Ausland abwandern. Denn wenn die Zinsen steigen, wird sich dieser Prozess noch beschleunigen.

## Steuereinnahmen steigen um Milliarden

Um diese Problematik zu lösen, haben Bundesrat und Parlament eine gezielte Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer beschlossen. Mit der Stärkung des Fremdkapitalmarkts wird die Wertschöpfung zurück in die Schweiz gebracht. Mehr als die Hälfte aller Anleihen-Herausgaben von Schweizer Unternehmen erfolgt heute aufgrund der erwähnten Hindernisse im Ausland. Wenn die Schweiz nur ein Viertel davon ins eigene Land zurückholen kann, entspricht dies 115 Milliarden Franken. Dies führt zu steigenden Steuereinnahmen. Schon nach fünf Jahren rechnet der Bund mit zusätzlichen Einnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr.

## SVP, FDP, Mitte und GLP unterstützen die Vorlage

Die Änderung des Verrechnungssteuergesetzes lohnt sich, denn wir holen Geld zurück in die Schweiz, das wir ans Ausland verloren haben. So haben im Parlament SVP, FDP, Mitte und GLP die Vorlage unterstützt. Am 25. September wird über die Gesetzesänderung abgestimmt. Diese Chance gilt es zu nutzen. Stimmen auch Sie «JA» zur Änderung des Verrechnungssteuergesetzes!



**Holen wir unser Geld aus dem Ausland zurück!**

**BLEIFREI 95**



**BLEIFREI 98**



**DIESEL**



**Der Staat  
zockt über  
90 Rp/Liter  
von uns  
Autofahrern  
ab!**

**JETZT!  
Benzin-Steuern senken!**

Unterstützen Sie den Kampf der SVP  
für tiefere Benzinpreise auf **svp.ch!**

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

